

Artikel vom 21.06.2022

Bürgertreff

Kinderbetreuung im Speckgürtel von Ingolstadt



Beim Bürgertreff: "Kinderbetreuung im Speckgürtel von Ingolstadt" am 21.06.2022 konnte Birgid Neumayr einige Väter und Mütter begrüßen. Stefan Kumpf, BGM aus Karlskron und Ludwig Wayand, BGM aus Baar-Ebenhausen erzählten aus Ihren Gemeinden, wie bei Ihnen Kinderbetreuung funktioniert, vor allem unter dem Aspekt der Personalsituation.

Der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz wurde sehr realistisch dargestellt - dies war sehr erkenntnisreich.

Nach den einleitenden Worten von Birgid Neumayr zur Situation in Manching berichtete Stefan Kumpf zu dem Thema, Die anschließende Diskussion war sehr gut, und brachte unter anderem folgendes Ergebnis: Zum einem muss auf Landes- und Bundesebene die Bezahlung während der Ausbildung endlich geregelt werden, um so den Beruf interessanter zu machen.

Das ist der eine Weg, weitere Wege wurden vorgeschlagen, um in Manching evtl. eine Verbesserung herbeizuführen.

Ob jetzt der „Speckgürtel“ das Problem in Manching ist oder die Kinderbetreuung, das wurde schnell bei dem Bürgertreff, zu dem die CSU Manching eingeladen hatte, klar. Der Bürgermeister aus Karlskron, Stefan Kumpf, machte schon den „Speckgürtel“ für einen Teil des Problems aus, zudem die Stadt Ingolstadt beschlossen hat, eine Arbeitsmarktzulage zu zahlen. Ein Schritt, der, so der Bürgermeister, sich natürlich auch auf die Region auswirkt. Dem will man sich entgegenstellen, so auch Bürgermeister Ludwig Wayand, der aus Gründen der Dringlichkeit des Themas der Veranstaltung beiwohnte und eigene Erfahrungen einbrachte.

Wobei die Situation in Karlskron und Baar-Ebenhausen nicht mit der in Manching vergleichbar sei. Beide Bürgermeister können mit ihren Kindergarten-Teams die qualifizierte Betreuung in ihren Kinderbetreuungseinrichtungen sicherstellen. Wichtig sei es, dass das Klima stimmt, denn wie in allen anderen Bereichen auch, ist es wichtig, dass sich die Mitarbeitenden anerkannt und geschätzt wissen. So wird bei Problemen, die überall auftreten können wo Menschen zusammenarbeiten, das Gespräch gesucht und unterstützt, wo es nur geht. Wichtig sei aber auch die Kommunikation mit den Eltern. Offenheit sei das oberste Gebot, so Stefan Kumpf.

An dieser Stelle meldeten sich dann die Mütter und Väter von Kindern zu Wort, die in Manching noch keine Zusage für einen Betreuungsplatz haben. Bürgermeister Herbert Nerb ließ im Manchinger Anzeiger abdrucken, dass es eine Warteliste gäbe. Unter der Hand, so berichtete eine Besucherin, wird gemunkelt, dass es sich dabei um 120 unversorgte Kinder handeln soll. Selbst in der Marktgemeinderatssitzung nannte Bürgermeister Nerb keine Zahlen, so dass die Eltern weder wissen an welcher Stelle sie auf der Warteliste stehen, noch wie lange diese ist. Eine Absage wäre wohl ehrlicher, denn dass hier eine Chance besteht nachzurücken, sei unwahrscheinlich, wurde geäußert. Nachdem aber keine Absagen erteilt wurden, könne man auch nicht an die nächste zuständige Stelle, nämlich das Landratsamt, herantreten. Hier müssten die Eltern Betreuungsplätze angeboten bekommen. Nun liege der Verdacht nahe, so Ortsvorsitzende und Marktgemeinderätin Birgid Neumayr, dass diese Möglichkeit Nerb zumindest nicht unterstützt wird.

Was für Möglichkeiten gibt es denn, wollen die betroffenen Eltern wissen: Es sollte zumindest versucht werden, dass Erzieherinnen in Elternzeit wenigstens in Teilzeit für einen Wiedereinstieg gewonnen werden können, schlug Marktgemeinderätin Victoria Görlitz vor. Das würde aber bedeuten, dass aktiv auf die Frauen zugegangen werden müsste und damit auch ein Stück Wertschätzung der Arbeit entgegengebracht würde. Bürgermeister Ludwig Wayand sei sich da nicht zu schade, wie eine Besucherin berichtete, denn um sie als begehrte Grundschullehrerin wieder zu gewinnen, habe der Bürgermeister persönlich sich um einen Kitaplatz in seiner Gemeinde bemüht.

Auch die konfessionellen Kindergärten spielen eine wichtige Rolle in der Versorgung und haben auch die eine oder andere Stelle noch zu besetzen. Sollte sich die Arbeitsmarktzulage durchsetzen, würde es für diese sicher schwierig. Wie sich bei den freiwilligen Corona-Rückvergütungen für die Eltern die Gemeinde nur für ihre eigenen Einrichtungen zuständig fühlte, wird es sicher schwierig, über die Defizitübernahme durch die Gemeinde einen Ausgleich zu finden.

Was können die Eltern tun? Die Offenlegung der Daten ist unverzichtbar, so Birgid Neumayr. Deshalb wird die CSU den Antrag stellen, dass eine Sondersitzung zu diesem Thema abgehalten wird, in der alle Daten offengelegt werden. Nur so kann sich der Marktgemeinderat einen eigenen Eindruck verschaffen und für die Betroffenen eine Lösung finden. Offenheit ist hier gefragt, denn die Eltern brauchen Planungssicherheit, beruflich wie privat, fordert Birgid Neumayr unter Beifall zum Abschluss.

